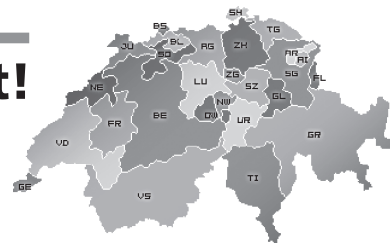


Respekt vor der Volkssouveränität!



Echte Meinungsfreiheit basiert auf wahrer Information.

Die Demokratie steht Kopf! – Was ist los im Staat Helvetia?

Seit dem Beitritt der Schweiz zur Welthandelsorganisation WTO 1992 und der Einführung des neuen Landwirtschaftsartikels in der Bundesverfassung legt der Bundesrat dem Parlament bereits die 3. Reform der Agrarpolitik (AP 2011) vor. Damit sollen die gnadenlosen Bestimmungen der «Welthandelsorganisation» Schritt für Schritt durchgesetzt werden. Innerhalb der letzten 15 Jahre mussten 30'000 Bauernhöfe schliessen. In der Parlamentsdebatte um die AP 2011 liess Frau D. Leuthard verlauten, dass der Bundesrat eine weitere Reduktion der Bauernhöfe um 2000 pro Jahr erzielen möchte. In den nächsten Jahren soll das Bauernsterben durch den Abschluss zusätzlicher internationaler Verträge (EU-Freihandel, Cassis-de-Dijon) noch weiter forciert werden. Ein Ende dieser Politik gegen die Bauern und damit gegen die Grundversorgung unseres Landes ist nicht abzusehen.

Neben der Nahrungsmittelproduktion sollen auch Gesundheitswesen, Bildung, Wasser, Elektrizität und vieles mehr dem Diktat der WTO und damit der Privatisierung durch die internationalen Grosskonzerne preisgegeben werden.

Wussten Sie, dass der WTO-Beitritt solche Folgen haben würde?

Haben Sie als Teil des Souveräns jemals einer solchen Zielsetzung in der Landwirtschaft oder in den Bereichen der Grundversorgung zugestimmt?

Mit der Abstimmung zur Armee XXI wurde die Bevölkerung dahingehend informiert, dass eine kleine, auf die Schweiz und die veränderte Weltlage angepasste Armee geschaffen werde, die zu einem kleinen Teil auch im Ausland friedensfördernde Aktivitäten leisten würde. Seither werden die Ausandeinsätze laufend ausgeweitet. Die Schweiz erbringt für kriegführende Nato-Länder Dienstleistungen, die der Neutralität diametral widersprechen und keineswegs dem Frieden dienen. Sie unterstützt die Nato-Armee und weitere fremde Armeen mit Soldaten, Material, Fachwissen und anderen Dienstleistungen in ihren völkerrechtswidrigen Kriegen auf der ganzen Welt. In der Schweiz hergestellte Waffen und Waffenbestandteile, dem Krieg dienende hochspezialisierte Geräte und Materialien werden geliefert. Die Schweiz bietet sogar Gelegenheit, fremde Soldaten auf Schweizer Boden für den Kriegseinsatz auszubilden. In Afghanistan wird beim Militärappell die Schweizerische Nationalflagge gleich neben der amerikanischen aufgezogen.

Hätten Sie der Armee XXI zugestimmt, wenn Ihnen der Bundesrat erklärt hätte, dass er gerne im Kampf um die Vormachtstellung in der Welt mitmischen möchte? Ohne Ausschaltung der freien Meinungsbildung könnte der Bundesrat diese Politik nicht ohne weiteres durchsetzen.

In einer mit viel Geld und Medieneinsatz geführten Abstimmungskampagne wollte Economicsuisse mit dem Bundesrat zusammen die Privatisierung des Strommarktes durchsetzen. Die Bevölkerung hat diesem Vorhaben 2002 eine Absage erteilt. Nach vier Jahren intensiver Lobby- und Propagandatätigkeit legte der Bundesrat dem Parlament im März 2007 fast dieselbe Vorlage vor, dieses verabschiedete sie unter Missachtung des vor kurzem geäusserten Volkswillens. Um diesem respektlosen Übergehen des Volksentscheides zu begegnen, hätten erneut 50000 Unterschriften gesammelt werden müssen. Dies war nicht der Fall, das Stromversorgungsgesetz ist jetzt in Kraft.

Wie soll sich die Bevölkerung unter solchen Verhältnissen auf die Politiker verlassen können?

Politik mittels Propaganda und Kampagnen

Mit der Volksabstimmung zum EWR begannen der Bundesrat und die Bundesbehörden, bei wichtigen Abstimmungen selbst am Abstimmungskampf teilzunehmen. Ohne Legitimation behauptet der Bundesrat neuerdings, sein Amt sei die Führung der Nation. Mit dieser Kompetenzüberschreitung ist es ihm gelungen, die Schweiz mit internationalen Verträgen und Zugeständnissen in die Globalisierung einzugliedern. Die Volkssouveränität wurde geschwächt, indem über wichtige Fragen nicht mehr transparent und vollständig informiert, die Meinungsbildung systematisch durch einen gewaltigen Propagandaapparat gesteuert oder der Volkswille schlichtweg übergangen wurde. So kommt es, dass heute die in der Verfassung verankerte freie, unbeeinflusste Meinungsbildung und Abstimmung nicht mehr gewährleistet ist. Regelmässig stattfindende behördliche Kampagnen, die der Meinung des Bundesrates bei Abstimmungen zum Durchbruch verhelfen müssen, beschneiden die Volkssouveränität empfindlich. Inzwischen scheut sich der Bundesrat nicht mehr, Werbe- und Beratungsbüros zu beauftragen, um die Bevölkerung ganzjährig in seinem Sinne auf die geplanten Abstimmungen vorzubereiten. Die in der Bundesverwaltung vorhandenen Abteilungen wurden mit Informationsbeauftragten bestückt. Insgesamt sind gegen 300 Vollzeitstellen mit der Bearbeitung der öffentlichen Meinung beschäftigt. Die Kosten dieser Aktivitäten belaufen sich jährlich auf etwa 80 Millionen Franken. Dagegen haben sachliche Argumente oder Minderheitsanliegen keine Chance mehr.

Merkmale von Meinungsmanipulation

Wichtige Tatsachen und Zusammenhänge werden der Bevölkerung verschwiegen. Auch die

eigentlichen Zielsetzungen einer Politik oder eines Gesetzes werden nicht diskutiert. Wer sich zu Wort meldet und anders Stellung nimmt als der Bundesrat, wird von diesem öffentlich verunglimpft. Statt ehrlicher, transparenter Information werden alle Hebel der Meinungsmanipulation in Gang gesetzt: Mittels Plakatkampagnen, Hochglanzbroschüren, Versprechungen an Betroffene (z.B. Armeeangehörige und Rekruten), Versorgung der Schulen mit Propagandamaterial, Auftritten vor dem Volk, Medieneinsatz usw. bearbeiten die Bundesräte behördlicherseits die Stimmbürger.

Volkssouveränität wiederherstellen

Diesen verfassungswidrigen Zustand will die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» korrigieren. Sie verlangt eine sachliche, ausgewogene, ehrliche Information des Stimmbürgers und sie verlangt vom Bundesrat, auf die Beeinflussung der Meinungsbildung vor Abstimmungen zu verzichten. Sie dient dazu, den Machtmissbrauch der Behörden zurückzudrängen und die Volkssouveränität wiederherzustellen. Die direkte Demokratie kann ihre gemeinwohlorientierte Wirkung erst wieder entfalten, wenn alle Aspekte einer Vorlage ohne Wenn und Aber auf den Tisch gelegt und diskutiert werden.

Zukunftsgestaltung muss am Wohl aller Menschen orientiert sein!

Eine Besinnung auf die Grundlagen eines den Menschen verpflichteten Staatswesens ist notwendig. Die Schweiz hätte alle Voraussetzungen, um ein Modell für ein gemeinschaftsorientiertes, ökologisches und soziales Zusammenleben zu entwickeln. Dazu gehört in erster Linie der Respekt vor der Mündigkeit aller Menschen.

**Die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»
kommt demnächst zur Abstimmung. Unterstützen Sie diese Initiative
und helfen Sie mit, rechtmässige Verhältnisse wiederherzustellen.**

**Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.freie-meinung.ch.**